Deutsche Aufklärungsdrohne „Heron“ in Afghanistan

JÖRG GLAESCHER / LAIF

RÜSTUNG

Bewaffnete Drohnen aus Israel?

Verteidigungsminister Thomas de Maizière hat die Entscheidung über eine Anschaffung bewaffneter Drohnen verschoben, aber sein Ministerium verhandelt intensiver als weithin bekannt über deren Anschaffung. Auf Anfrage des Linken-Politikers Jan van Aken bestätigte das Ministerium, dass es im vergangenen November und im Februar Treffen mit israelischen Militärs und dem Hersteller der „Heron“-Drohne gab. Unbewaffnet setzt die Bundeswehr dieses Flugobjekt bereits in Afghanistan ein. Erst kürzlich reiste zudem der Chef der Luftwaffe, Generalleutnant Karl Müllner, nach Israel und ließ sich die bewaffnete Version „Heron TP“ vorführen. Bei der Luftwaffe wird die „Heron“-Drohne mittlerweile dem US-Modell „Predator“ vorgezogen, da die Israelis erhebliche Fortschritte bei der Entwicklung gemacht hätten. Zudem würde Israel den Deutschen bei einem Kauf erlauben, die Drohne technisch weiterzuentwickeln. Beides lehnen die USA ab.

PROZESSE

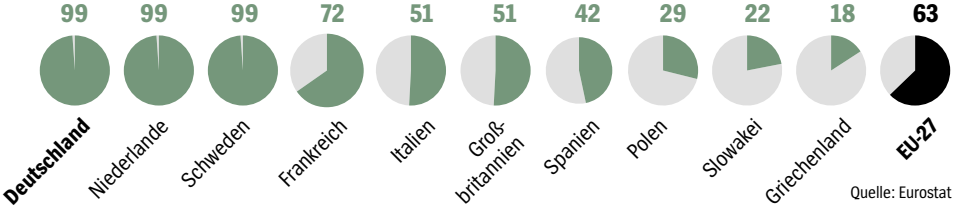
Bitte um Aufschub

Wie ihr Ex-Mann kämpft auch Bettina Wulff bald vor Gericht um ihre Ehre. Die Noch-Gattin des früheren Bundespräsidenten hat Google verklagt, etwa 30 Begriffe zu löschen, die automatisch eingeblendet werden, wenn Nutzer Wulffs Namen eingeben – „Escort“ zum Beispiel, „Artemis“ oder „Rotlicht“. Eigentlich sollte der Streit am 26. April vor dem Landgericht Hamburg ausgetragen werden, doch jetzt ist der Termin geplatzt – auf Wunsch der Klägerin. Wulffs Anwälte haben das Gericht und Google gebeten, das Verfahren auf Eis zu legen. Denn, so argumentiert Wulff-Anwalt Gernot Lehr, der Bundesgerichtshof (BGH) prüfe gerade einen ähnlichen Fall. Dort wehrt sich ein Kläger dagegen, dass der Google-Algorithmus seinen Namen mit „Scientology“ und „Betrug“ ergänzt. „Diese Entscheidung wird von zentraler Bedeutung für den Fall Wulff sein“, sagt Lehr. „Es ist im Interesse aller Beteiligten, sie abzuwarten.“ Bisher hat Google nach eigenen Angaben in Deutschland mehrere Verfahren zum Thema Autoergänzung gewonnen. Auch den Fall, der jetzt dem BGH vorliegt.

Wulff

JOERG SARBACH

Verwertung kommunaler Abfälle (inklusive Verbrennung) 2011, in Prozent



Quelle: Eurostat

Um die Weltmeere nicht weiter mit Plastikabfall zu vermüllen, empfehlen die EU-Kommission und nun auch das Umweltbundesamt eine Zwangsabgabe auf Einkaufstüten. Einige Länder haben das Problem bereits anders gelöst: Praktisch der gesamte private Kunststoffabfall wird entweder verfeuert oder recycelt.